

Bericht des Vorstands

Jugend im Parlament

1. Im Dezember 2000 hat die Bürgerschaft (Landtag) erstmals das Projekt „Jugend im Parlament“ (JiP) durchgeführt. In einer anschließend durchgeführten Umfrage äußerten sich die beteiligten Jugendlichen durchweg positiv über ihre gesammelten Erfahrungen mit dieser Form politischer Bildung. Da im April 2000 vom Parlament eine zweimalige Organisation von JiP in der Legislaturperiode beschlossen wurde, bietet die Bürgerschaft (Landtag) den Jugendlichen im Land Bremen in diesem Herbst erneut die Möglichkeit zur Teilnahme.

Der Vorstand hat beschlossen, JiP am 1., 4. und 5. November durchzuführen. Dem Wunsch der Jugendlichen auf Verlängerung um einen Tag kann aus organisatorischen Gründen nicht nachgekommen werden. Wie bisher sollen die Jugendlichen ausschließlich aus Bremen und Bremerhaven kommen, das heißt, sie müssen im Bundesland wohnen und hier ihren Schul-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz haben.

2. „Jugend im Parlament“ ist ein Projekt der politischen Bildung. JiP ist keine Interessenvertretung der Jugendlichen, die Bürgerschaft (Landtag) bietet in dieser Form einen Beitrag zum Erleben und Erproben demokratischer Umgangsformen. Die interaktive Arbeit eines Landesparlamentes wird erprobt mit Hilfe von Themen, welche die Jugendlichen gemeinsam festlegen. Durch das Projekt üben die Jugendlichen zudem den Informationstransfer in die Öffentlichkeit und erhalten zudem die Möglichkeit, ein Medium zu gestalten. Nach den positiven Erfahrungen von JiP 2000 wird erneut eine Kooperation mit einem Printmedium angestrebt, auch um nicht teilnehmende Jugendliche in dieser Form zeitnah über das Geschehen zu informieren.
3. Angesprochen werden mit der Veranstaltung Jugendliche aus dem Bundesland Bremen im Alter von 15 bis 21 Jahren. Bei der Auslosung der Bewerbungen werden 80 Jugendliche aus Bremen und 20 Jugendliche aus Bremerhaven berücksichtigt. Eine Heterogenität der 100 Teilnehmenden bezüglich Geschlecht, Geburtsort, Alter oder Tätigkeit wird erneut angestrebt.
4. Die Werbung für die Teilnahme beginnt nach den Sommerferien. Informationen in Form einer Broschüre werden u. a. an die Schulen, Verbände, Interessenvertretungen, Träger politischer Jugendbildung und offener Jugendarbeit versandt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können sich bei der Bürgerschaft (Landtag) bewerben, auch ein Formular zur Online-Anmeldung wird eingerichtet. Der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft koordiniert die Auswahl der Jugendlichen. Eine Teilnahme geschlossener Gruppen, z. B. Schulklassen, wird nicht stattfinden.

Auch in diesem Jahr werden sich die 100 ausgewählten Jugendlichen verpflichten, über einen Zeitraum von mehreren Monaten an dem Projekt mitzuarbeiten. Die von ihnen am 5. November 2002 verfassten Resolutionen werden anschließend in den Ausschüssen und Deputationen ebenso debattiert werden wie anschließend im Plenum der Bürgerschaft. Die Jugendlichen werden ca. im April 2003 auf einer Abschlussveranstaltung ihr Projekt JiP diskutieren und den Abge-

ordneten als Zuhörerinnen und Zuhörer Gelegenheit zur Teilnahme gegeben werden.

Nach den im Jahr 2002 gesammelten Erfahrungen wird der Ablauf von „Jugend im Parlament“ folgendermaßen gestaltet werden:

- 1. Tag (Freitag): Erläuterung des Ablaufes, offizielle Begrüßung durch den Präsidenten, Kennenlernen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Sammlung von Themen für eine Aktuelle Stunde, Ausschussfindung, Sprecherwahlen, Plenum: Geschäftsordnung, Präsidiumswahlen, Einsetzung von Ausschüssen, Konstituierung der (bis zu fünf) Ausschüsse, Auswahl der externen Fachleute.

(Das Wochenende bietet den Jugendlichen Zeit, Themen zu besprechen und Diskussionsstrategien zu entwickeln.)
- 2. Tag (Montag): Aktuelle Stunde, anschließend Ausschussberatungen und Fertigstellung der Vorlagen für das Plenum, Ausschussarbeit, Anhörung von Fachleuten.
- 3. Tag (Dienstag): Beratung der Resolutionen im Plenum, Diskussion: Fazit von JiP 2002.

Im Anschluss an die Veranstaltung sollen die Resolutionen von „Jugend im Parlament“ der Bürgerschaft zugeleitet und zur Beratung und Berichterstattung an die zuständigen Ausschüsse und Deputationen überwiesen werden. Die Jugendlichen werden in die Ausschüsse und Deputationen eingeladen. Die abschliessenden Beratungen der Bürgerschaft (Landtag) sollen spätestens im März 2003 stattfinden. Danach findet noch eine Auswertung mit den Teilnehmern statt.

Die Bürgerschaft (Landtag) wird um Kenntnisnahme gebeten.

Christian Weber
Präsident